

unter der Führung der JOartei den Kampf gegen die feindliche Rundfunknetz organisiert

Bevölkerung begann die Bedeutung der freiwilligen Verpflichtungen gegen das Abhören feindlicher Sender zu erkennen. In den Verpflichtungen sah sie das Vertrauen in die eigene Kraft und zu unserer Regierung. Deshalb übernahmen immer mehr Menschen die Verpflichtung, die feindlichen Hetsender nicht mehr zu hören.

Im Sachsenwerk Niedersiedlitz schlossen sich mehrere Brigaden der Brigade Hempel an. Zahlreiche Kollegen gaben Einzelverpflichtungen gegen das Abhören der feindlichen Rundfunknetz ab. Die Brigaden „Elan“ in der „Lowa“, Görlitz, und „Fortschritt“ im „Ernst-Thälmann-Werk“, Magdeburg, werden künftig kein Programm des feindlichen Rundfunks mehr hören. Die Traktoristenbrigade Mucke von der MAS Barnitz, Kreis Meißen, ist dem Beispiel der Kollegen aus den Betrieben gefolgt und wird die Landbevölkerung ihres Bereichs systematisch über die Schädlichkeit des Abhörens der Kriegshetzer-Sender aufklären. Die Genossen der Parteiorganisation der Gemeinde Heinrichswalde, Kreis Pasewalk, und die FDJ-Gruppen der Gemeinden Reinhausen und Zweedorf, Kreis Wismar, werden die Sender der Kriegshetzer nicht abhören und die Einwohner für den Boykott des Kriegshetzer-Rundfunks gewinnen.

Unsere Bevölkerung erteilt der feindlichen Rundfunknetz eine deutliche Abfuhr. Dieser Kampf gegen das Abhören feindlicher Sender entwickelt sich bereits zu einer Massenbewegung, der unsere Partei größte Aufmerksamkeit schenken muß.

Unsere Parteileitungen müssen den Kampf gegen den feindlichen Rundfunk noch energischer führen!

In Dresden zeigte es sich, daß unsere Parteileitungen die Bedeutung der Verpflichtungen nicht immer erkennen. Charakteristisch dafür ist das Verhalten der Parteileitung des Sachsenwerkes. Sie unterstützte die Kollegen der Brigade Hempel bei der Überzeugungsarbeit und der Ausarbeitung des Aufrufes. Mit der Veröffentlichung des Aufrufes am 21. März war aber für die Parteileitung die Angelegenheit offenbar abgeschlossen, denn am 8. April hatte sie noch keine Beschlüsse gefaßt, um das Beispiel auf alle Betriebsabteilungen zu übertragen. Dabei gab es Vorschläge seitens der Brigade Hempel, wie man den Kampf gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks hätte fortführen können. Genosse Walzack, ein Mitglied der Brigade, sagte dazu:

„Bis zum Beschluß der Brigade hatten wir Verbindung mit der Parteileitung, obwohl sich niemand bei uns in der Abteilung sehen ließ. Aber jetzt wird uns nicht mehr geholfen. Wir sind trotzdem zu den anderen Kollegen gegangen und haben diskutiert. Meiner Meinung nach wäre es Aufgabe der Parteiorganisation gewesen, sofort alles zu mobilisieren.“

In den von der BGL durchgeführten Kurzversammlungen fehlte die Zeit zu einer gründlichen ideologischen Auseinandersetzung. Den Agitatoren fehlte eine ausgearbeitete Argumentation. Sie wurden lediglich auf den Aufruf der Brigade hingewiesen. Einige Agitatoren schwankten und führten nur zögernd den ideologischen Kampf gegen das Abhören feindlicher Sender. Die Sekretäre der Grundorganisationen wurden „verpflichtet“, Beispiele gegen das Ab-

hören des feindlichen Rundfunks zu schaffen. Eine solche „Anleitung“ führte zu der falschen Einstellung des Sekretärs der Grundorganisation MFA III. Auf die Frage, ob er in seinem Rechenschaftsbericht auch auf den Kampf gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks eingehe, antwortete er: „Jetzt haben wir die Vorbereitungen zu den Parteiwahlen gemacht, und da mußte diese Sache etwas in den Hintergrund treten.“

Ohne Zweifel hätten die Sekretäre bei einer guten Anleitung erkannt, daß die Stellungnahme gegen den feindlichen Rundfunk ein Teil unseres Kampfes um Frieden und Einheit ist. Die Vorbereitung der II. Parteikonferenz steht wie die gesamte Parteiarbeit im Zeichen des verschärften Kampfes um die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Deshalb ist auch mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz der Kampf gegen das Abhören feindlicher Sender zu verstärken. Jeder Aufschub dieses Kampfes „wegen der Parteiwahlen“ hemmt den allseitigen und erfolgreichen Kampf um den Friedensvertrag.

Welches Bild zeigte sich nun im 11. Stadtbezirk Dresden, Kesselsdorfer Straße? Nach entsprechender Anleitung in einem Aufklärerseminar gelang es den Aufklärern im Gespräch mit der Bevölkerung, den RIAS und die anderen im Solde der Kriegshetzer stehenden Rundfunkstationen als Lügensender zu brandmarken und die Hausbewohner für persönliche Stellungnahmen gegen die feindliche Rundfunknetz zu gewinnen. Aber im 11. Stadtbezirk gab es keine konkreten Beschlüsse der Parteileitung, wie nach den ersten Selbstverpflichtungen der Hausbewohner deren Initiative schrittweise auf alle Häuser der Kesselsdorfer Straße und die angrenzenden Wohnbezirke hätte übertragen werden können. Die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands arbeitenden Genossen und die Agitatoren versäumten es, die Aufklärungsarbeit intensiv fortzuführen und jene Bewohner, die durch ihre Selbstverpflichtung Vorbild sind, in die Verbreiterung der entstehenden Bewegung einzubeziehen. Einer entsprechenden Aufforderung wäre z. B. der Kollege Schmieder von der Saalhäuser Straße trotz angespannter Tätigkeit sicher nachgekommen. Die nähere Erläuterung seiner eindeutigen Stellungnahme gegen die feindliche Rundfunknetz hätte im Aufklärungslokal oder in einer Hausversammlung bestimmt interessierte Zuhörer gefunden. Durch die Versäumnisse der Parteileitung droht die Bewegung im Stadtbezirk gegenwärtig zu versanden.

Die Kreisleitung Dresden kümmert sich nur wenig um das Sachsenwerk und die Kesselsdorfer Straße. Anzuerkennen ist, daß Genosse Kölbl und mehrere Aufklärer die Einwohner der Grunaer Straße gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks mobilisiert haben. Aber dabei blieb es. Im Agitatorenseminar der Kreisleitung wurde keine Auswertung vorgenommen, sondern lediglich auf die guten Beispiele hingewiesen. Die Abteilung Agitation und Propaganda hat es wochenlang versäumt, die ersten Erfolge auszuwerten und Maßnahmen zur Unterstützung der Genossen im Sachsenwerk und im 11. Stadtbezirk zu beschließen.

Die Genossen der Landesleitung Sachsen griffen die Initiative der Brigade Hempel und der Einwohner im 11. Stadtbezirk in Dresden auf. Die Anleitung für die